

grün > stark > heidelberg

Programm von Bündnis 90 / Die Grünen Heidelberg und der Grün-Alternativen Liste Heidelberg e.V. zur Kommunalwahl 2004

Präambel

In der Kommune, da wo wir leben und arbeiten, wird über unsere Lebensqualität und viele Angelegenheiten unseres Alltags mitentschieden. Deshalb engagieren sich Bündnis 90/Die Grünen und die Grün-Alternative Liste seit zwanzig Jahren in Heidelberg und setzen sich im Gemeinderat dafür ein, unsere Stadt lebenswerter zu machen.

Heidelbergs starke Seiten – besonders seine landschaftliche und architektonische Schönheit und sein internationales Renommé als Wissenschaftsstandort – bieten beste Voraussetzungen dafür, dass sich hier selbstbestimmtes Leben, kulturelle Vielfalt, gutes Zusammenleben und wirtschaftlicher Erfolg in gesunder Umwelt entfalten können.

Auch künftig steht unsere Politik dafür, dass sich Heidelberger und Heidelbergerinnen – ob alt oder jung – hier gut aufgehoben fühlen. Heidelberg lebt nicht nur vom fast schon legendären „Wohlfühlfaktor“, sondern auch vom innovativen und weltoffenen Geist, der Neues erproben und seinen Beitrag zu einer Welt des Umbruchs leisten will.

Wir denken auch an übermorgen. An diesem Grundgedanken orientiert sich unsere Politik, unser Denken und Handeln. Unsere Politik steht für Toleranz, Freiheit, Demokratie, Nachhaltigkeit und einen umfassenden Gerechtigkeitsbegriff. Wir setzen nicht nur auf kurzfristige Effekte, sondern auf die Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen in Heidelberg – heute und in Zukunft.

Große Herausforderungen für die Kommunalpolitik stellen sich in Zeiten knapper Kassen.

Sehr viele Kommunen haben größte Schwierigkeiten, ihre Aufgaben zu erfüllen. Grüne setzen sich im Bund dafür ein, dass die Kommunen sich wieder auf faire finanzielle Rahmenbedingungen durch eine Gemeindefinanzreform verlassen können. Aber auch das Land muss seinen Beitrag dazu leisten, anstatt zusätzliche Lasten auf die Gemeinden abzuwälzen, wie dies derzeit durch die Verwaltungsreform und die Neuordnung zur Flüchtlingsaufnahme und Eingliederung geschieht.

Unsere Politik geht davon aus, dass auch künftig die öffentlichen Geldquellen nicht so wie früher sprudeln werden. Staat und Stadt dürfen deshalb den Menschen nicht mehr das Blaue vom Himmel versprechen. Das ist aber nicht nur Zumutung, sondern auch Chance für neue Handlungsmöglichkeiten. Wir haben uns von der Illusion verabschiedet, dass am besten alles staatlich und städtisch zu verwalten sei. Wir wollen aktive Bürgerinnen und Bürger, die ihre Angelegenheiten selbst regeln und Verantwortung übernehmen, soweit sie dies können. Wir wollen eine Kommunalpolitik und ein Verwaltungshandeln, die solches Engagement unterstützen und beraten. Wir brauchen eine Politik, die die Voraussetzungen dafür herstellt, dass alle an einem selbstbewussten städtischen Gemeinwesen teilhaben können.

Die Lage der städtischen Finanzen zwingt uns, auch in den kommenden Jahren zu sparen. Dies ist aber kein Selbstzweck, sondern muss neue Spielräume eröffnen. Wir wollen klare Prioritäten setzen im Interesse von sozial Schwachen und von Kindern und Jugendlichen, die gute Perspektiven in der Wissensgesellschaft brauchen. Die Grün-Alternative Liste hat sich deshalb der großkoalitionären Verabschiedung des letzten städtischen Haushaltes nicht angeschlossen.

Wir wollen eine deutliche Unterstützung von sozialen, kulturellen und Bildungsprojekten, weil wir auf deren Engagement gerade in finanziell schwierigen Zeiten angewiesen sind. Wir verzichten lieber auf wünschbare Großprojekte, wie ein subventioniertes Kongresszentrum oder den Burelli-Tunnel, als der aktiven Bürgergesellschaft den Boden zu entziehen.

In Heidelberg wurde in den vergangenen Jahren durch unsere Initiativen vieles auf den Weg gebracht. Besonders im Bereich der nachhaltigen Entwicklung ist es immer wieder gelungen, eine Vorreiterrolle einzunehmen und davon als Stadt auch überregional zu profitieren. Es wurde viel erreicht, aber noch mehr bleibt zu tun. Grün-Alternative Liste und Bündnis 90/Die Grünen wollen sich dafür engagieren, dass 2004 bis 2009 und darüber hinaus auch in Heidelberg mit „grünen Ideen“ schwarze Zahlen geschrieben werden.

Europa und die Kommunen

Am 13. Juni wird neben dem Gemeinderat auch das Europaparlament gewählt.

Die Europäische Union wird zunehmend auf der Gemeindeebene spürbar. Rund 70 bis 80% der EU-Gesetzgebung wirken sich heute schon auf der Gemeindeebene aus und werden hier umgesetzt. Die europäische Gesetzgebung berührt unser tägliches Leben.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass für die Bürgerinnen und Bürger Heidelbergs die Beziehungen zwischen der Politik auf der europäischen Ebene und dem, was davon mittelbar oder unmittelbar den Entscheidungsprozess in der Gemeinde prägt, transparent wird.

Europa > Heidelberg

Die EU stellt Fördermittel für konkrete Projekte auch auf lokaler Ebene bereit. Gerade in Zeiten knapper Finanzen tragen solche Mittel dazu bei, dass verschiedene Projekte weiterhin durchgeführt werden können. Wie diese Mittel beantragt werden und welche Projekte in den Genuss der Förderung kommen, ist oft nicht bekannt. Wir fordern daher eine bessere Informationsvermittlung vor Ort. Es reicht nicht aus, eine Europabeauftragte zu haben, die allein behördenintern wirkt, besser ist es, sie ist als Dienstleister für alle Bürgerinnen und Bürger, soziale und kulturelle Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen tätig.

1. Umwelt wirksam schützen

In der Umwelthauptstadt Heidelberg wurde - insbesondere auch von 1992 bis 2000 durch unseren Umweltbürgermeister - viel bewegt. Für globales Denken und lokales Handeln wurden in Heidelberg wichtige und beispielhafte Impulse gesetzt. Diese Schrittmacherfunktion hat Heidelberg jedoch in den letzten Jahren verloren. Zu vieles blieb Schaufensterprojekt, da eine substantielle Fortführung vernachlässigt wurde. Heidelberg ist wie jede westdeutsche Stadt von den nationalen Klimaschutzzielen – CO₂ Reduktion bis 2005 auf der Basis von 1990 um 25% - weit entfernt. Das bisher Erreichte hat noch keine Breitenwirkung entfaltet und praktisch zu keiner Reduktion der Treibhausgase geführt, nicht zuletzt wegen der stetigen Zunahme des Autoverkehrs seit 1990.

Wir wollen eine Heidelberger Umweltpolitik, die ernsthafte Anstrengungen unternimmt, die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Wir wollen Impulsgeber sein und zeigen, dass auch Städte in Industriegesellschaften ihrer Verantwortung im Klimaschutz gerecht werden können.

Klimaschutz rechnet sich

Die größten Potentiale bestehen dabei in der Verkehrspolitik sowie im Gebäudebereich. Durch die bestehenden Programme von Stadt und Bund sind die wichtigsten Maßnahmen im privaten und gewerblichen Bereich kostendeckend umsetzbar. Gebäudedämmung, Fenstererneuerung, Einbau von Blockheizkraftwerken, etc. amortisieren sich durch zinsgünstige Bundes-Darlehen und Zuschussprogramme der Stadt langfristig von selbst. Das Motto „mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben“ ist im Bereich der erneuerbaren Energie und der Effizienz längst Wirklichkeit. Umweltschutz ist schon lange kein Kostenfaktor mehr, sondern im Gegenteil ein An Schub für neue Technologien und Arbeitsplätze. Entscheidend für Heidelberg ist, dass die bestehenden Programme viel stärker bekannt gemacht werden und dann auch genutzt werden können. Wir fordern daher eine offensivere und aktivere Informationspolitik der Stadt. Die Klimaberatungsagentur muss in enger Zusammenarbeit mit örtlichen Banken stärker als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger agieren, die komplizierten Programme transparent machen und Kontakte zu Behörden, Banken und Handwerkern herstellen. Jeder Euro, der in Heidelberg für den Klimaschutz ausgegeben wird stärkt den örtlichen Mittelstand! Daher muss auch das Programm zur rationellen Energieverwendung aufgestockt werden.

Der geplante Umwelttechnologiepark könnte für Umwelt-Innovationen eine wichtige Schrittmacherfunktion einnehmen – wir wollen eine starke städtische Unterstützung für dieses Projekt.

Flächenverbrauch reduzieren – Landwirtschaft erhalten

Wir setzen uns für den Erhalt von Freiflächen und gegen Flächenverbrauch und Zersiedelung ein, denn Flächen sind ein knappes Gut und nicht vermehrbar. Grünzüge und Freiflächen haben vielfältige ökologische Funktionen und sind unverzichtbar als Erholungsraum für Stadtmenschen. Insbesondere werden wir dafür eintreten, dass die Versiegelung von wertvollen Landwirtschaftsböden verhindert und dadurch eine wohnortnahe Versorgung mit Nahrungsmitteln sichergestellt werden kann. Der Marienhof muss daher wieder aus dem Entwurf zum Flächennutzungsplan herausgenommen werden. Außerdem lehnen wir Verkehrs- und Baumaßnahmen, wie den Zubringer durch das Handschuhshheimer Feld und die Erweiterung von Patrick-Henry-Village ab. Wir wollen, dass ein landwirtschaftlicher Entwicklungsplan aufgestellt wird, der für die im Stadtgebiet verbleibenden Betriebe längerfristige Perspektiven aufzeigt und Planungssicherheit gibt.

Wir treten dafür ein, dass in der Heidelberger Landwirtschaft keine gentechnisch veränderten Produkte angebaut werden. Dies setzt allerdings voraus, dass auch die Region gentechnikfrei bleibt.

Die Trasse der neuen Erdgasleitung muss so schonend wie möglich für die Landwirtschaft verlaufen.

Europa > Heidelberg

Die europäische Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) und die Vogelschutzrichtlinie dienen dem Schutz von Naturräumen direkt vor Ort. Dies hat auch Einfluss auf die Rechtmäßigkeit

der Pläne zur fünften Neckarquerung, da dort ein solches Gebiet betroffen ist. Heidelberg braucht seine naturnahen Lebensräume. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die bereits in Heidelberg bestehenden FFH-Gebiete nicht durch unnötige Bauvorhaben wie eine fünfte Neckarquerung beeinträchtigt und zerstört werden. Wir werden darauf drängen, dass das Land Baden-Württemberg die Liste seiner Schutzgebiete erweitert.

Lärmschutz und Mobilfunk

Unsere Gesundheit ist verstärkt durch zunehmenden Lärm gefährdet. Wir setzen uns daher für die Fortführung von Lärminderungsprogrammen an Straßen und an Bahnlinien ein.

Zum Schutz vor zunehmendem Elektromog durch Mobilfunkanlagen und um Gesundheitsrisiken vorzubeugen, wollen wir sicherstellen, dass die wesentlich strengeren Schweizer Grenzwerte in Heidelberg weiterhin eingehalten werden. Allerdings sind die Belastungen durch das telefonieren mit dem Handy weitaus höher, weshalb hier mehr Aufklärung erfolgen sollte. Zusammen mit Verbraucherschutzorganisationen wollen wir erreichen, dass strahlungsärmere Geräte entwickelt werden.

Nachhaltige Verkehrspolitik schützt Umwelt und Gesundheit

Unsere Klimaschutzziele können nur durch massive Änderungen in der Verkehrspolitik erreicht werden. Da die individuelle Mobilität stetig ansteigt und andere Anstrengungen im Energiebereich wieder zunichte macht, müssen neue Konzepte her, um Mobilität umweltfreundlicher zu erreichen. Wir sind gegen die verschiedenen Neckar-Tunnel-Projekte und wollen stattdessen lieber den Umweltverbund (Schiene, Bus, Rad, Fußgänger) ausbauen. Zudem lässt sich durch intelligente Konzepte und einen Verkehrsmix, der auch den notwendigen Autoverkehr berücksichtigt, viel kostengünstiger eine flüssigere Mobilität erreichen.

Attraktiver Nahverkehr durch bessere Vernetzung

Bei der Enge unserer Stadt hat der Ausbau des Straßenbahnnetzes Priorität. Die Straßenbahn nach Kirchheim ist auf den Weg gebracht, die Schienen in das Neuenheimer Feld und die Altstadt gehören zu den wichtigsten Projekten für die kommenden Jahre. Der Ausbau des Schienennetzes in die Region, eine verbesserte Verknüpfung zwischen S- Bahn, OEG und HSB sowie eine Taktverdichtung bei der S- Bahn können Pendler zum umsteigen bewegen. Ziel ist eine konkurrenzfähige Reisezeit mit Bahn und Bus. Der weitere Ausbau der S-Bahn Richtung Darmstadt, einen Interregio-Wissenschafts-Shuttle nach Karlsruhe und Frankfurt sowie die Stärkung des Hauptbahnhofes Mannheim als Drehscheibe des europäischen Fernverkehrs sichert Heidelbergs Anschluss in die Region und an Europa. Insbesondere der Schienen-Bypass – der an Mannheim vorbeiführt – muss verhindert werden.

Der Busverkehr ist ein wichtiger Zubringer an die Schiene und kann auch Stadtteile untereinander verbinden. Vor allem wollen wir eine tangentielle Buslinie vom Emmertsgrund über Rohrbach, Kirchheim, Pfaffengrund bis nach Wieblingen, die auch die S-Bahnhöfe und Straßenbahnlinien verknüpft. Zudem ist eine direkte Busverbindung vom Boxberg/Emmertsgrund ins Zentrum zu erhalten. Das ÖPNV-Angebot soll an Sonn- und Feiertagen optimiert und verdichtet werden. Unser erfolgreich eingeführter Moonliner, das durchgehende Nachtbusangebot am Wochenende, muss erhalten bleiben und auch in Zukunft fahren! An Wochentagen soll das ÖPNV-Angebot um eine Stunde verlängert werden.

Potentiale für den Umstieg auf den ÖPNV gibt es vor allem noch beim Jobticket, welches längst nicht in allen Heidelberger Großbetrieben angeboten wird. Besonders Universität und Klinikum müssen endlich ein Jobticket einführen, wie dies uns von Freiburg gerade vorge-macht wird. Das Semesterticket für Studierende und das Schüler-Maxx-Ticket müssen zu einem angemessenen Preis erhalten bleiben.

Neuenheimer Feld > intelligente Konzepte ersetzen die Ne-ckarquerung

Unser Konzept der weichen Maßnahmen im Neuenheimer Feld wurde vom Gemeinderat beschlossen. Es kann bei viel niedrigeren Kosten die fünfte Neckarquerung ersetzen: Die Straßenbahn macht den Umstieg möglich, durch die Parkraumbewirtschaftung wird ein Jobticket für alle Beschäftigten von Universität und Klinikum finanziert und zudem Kosten-druck für das Auto erzeugt. Durch wegfallende Parkflächen kann das Land Millionen sparen und die Mittel in den Ausbau von Infrastruktur und Wohnen im Campus verwenden.

Kleinere Straßenbaumaßnahmen zwischen dem Neuenheimer Feld und der Autobahn müssen bestehende Engpässe beseitigen und damit für eine flüssigere Verkehrsführung sorgen.

Zu Fuß und per Rad – Umwelt und Gesundheit schützen

Heidelberger und Heidelbergerinnen fahren gerne mit dem Rad und gehen oft zu Fuß. Wir wollen die umweltschonende Fortbewegung stärken und vor allem sicherer machen. Mobilität zu Fuß leidet unter Sicherheitsmängeln, langen Ampelwartezeiten und zu geparkten Gehwe-gen. Wir wollen, dass Kinder in allen Stadtteilen auf sicheren Fußwegeverbindungen zu Kindertagesstätten, Spielplätzen und Schulen kommen und sich Senioren und Seniorinnen besser in der Stadt bewegen können. Das bedeutet, gute Fußgängerüberwege anzulegen – besonders an Haltestellen - und wildes Parken auf Bürgersteigen zu reduzieren. Außerdem müssen neue Tempo 30-Zonen geschaffen werden, besonders dort, wo eine direkte Gefähr-dung der Fußgänger besteht, wie in der Sofienstraße und alte wiederhergestellt werden, wie in der Neuenheimer Landstraße.

Ein besonderes Anliegen ist uns der Fahrradverkehr. Das Radwegenetz ist zu vervollständi-gen, besonders an Kreuzungen gibt es Sicherheitsrisiken und fehlen oft die Verbindungen. Hier helfen Aufstellflächen für Radfahrerinnen und Radfahrer vor Ampeln und intelligentere Ampelschaltungen. Radwege in die Umlandgemeinden sind zu komplettieren und zu beleuch-ten. Wir treten dafür ein, vermehrt Fahrradstellplätze im öffentlichen Raum anzubieten. Aber auch private Bauherren müssen dieser Anforderung der Stellplatzverpflichtung – auch für Fahrräder - besser nachkommen.

Umweltverträglicher Autoverkehr

Umsteiger auf Bus und Bahn reduzieren den Autoverkehr. Der Ausbau des öffentlichen Nah-verkehrs genügt allerdings nicht, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Der Autoverkehr wird erst einmal wenig zurückgehen, da die individuelle Mobilität insgesamt weiter steigt. Wir brauchen aber Schadstoffreduktionen von 20-40% und nicht von 3-5%. Dies kann nur erreicht werden, wenn der motorisierte Verkehr selbst deutlich umweltfreundlicher wird. Wir wollen ein regionales Modellprojekt mit Biogas-Tankstellen in Heidelberg sowie Anbau und

Produktion der Treibstoffe in der Region - z.B. am Energiestandort Obrigheim. Dort gibt es bereits starke Bemühungen, den Wegfall des Kernkraftwerkes durch einen Standort für neue Energietechnologien zu kompensieren. Der Fuhrpark von Stadt und HSB könnte hierfür Schrittmacherfunktion einnehmen, städtische Anreize für klimaneutrale Fahrzeuge könnten geboten werden durch Vorteile bei der Parkplatzsuche und günstigen Regio-Öko-Treibstoff.

Autofahren kann zudem intelligenter werden. Wir setzen auf die Optimierung von Ampelschaltungen, wobei nicht wenige Ampeln auch ganz wegfallen könnten. Die in einigen Stadtteilen bestehende Parkraumbewirtschaftung muss auf die Gesamtstadt ausgedehnt werden. Damit soll erreicht werden, dass sparsamer mit den Freiflächen umgegangen und verstärkt auf den öffentlichen Nahverkehr umgestiegen wird. Außerdem müssen intelligente Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing ausgebaut werden. Neubauten könnten von der Verpflichtung befreit werden, einen teuren Stellplatz zu bauen, wenn ein Car-Sharing-Angebot besteht, Parkflächen im Neuenheimer Feld könnten dem Bau von Wohnheimen weichen, wenn den BewohnerInnen die kostengünstigen Car-Sharing-Autos zur Verfügung gestellt würden.

Europa > Heidelberg

Die Diskussionen in den europäischen Gremien machen deutlich: durch den Wettbewerb sollen die öffentlichen Zuschüsse für den ÖPNV zu mehr und besserem Nahverkehr führen. Wir wollen dafür sorgen, dass die städtischen Verkehrsbetriebe im Interesse der Stadt und im Interesse der Beschäftigten bei der HSB als leistungsstarker, kompetenter Anbieter bestehen können. Künftige Ausschreibungen müssen einen hohen Qualitäts- und Bedienungsstandard ebenso wie ökologische Kriterien zu Grunde legen

2. Kinder wagen Zukunft

Eine zentrale Frage für die Zukunft unserer Gesellschaft ist die nach den Lebensbedingungen unserer Kinder und der Menschen, die Kinder groß ziehen. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern für Männer wie Frauen verbessern, deshalb müssen wir alles für gute Betreuungsangebote tun. Obgleich die Versorgung mit Kindergartenplätzen in Heidelberg hoch ist, reicht das Angebot in einigen Bereichen noch nicht aus. Wir wollen die Rahmenbedingungen fürs Lernen verbessern und Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen verankern wissen.

Kindertagesstätten

Wir setzen uns ein für ein ausreichendes Angebot an Krippen – und Krabbelstubenplätzen.

Gerade für die Kleinsten gibt es zu wenige Plätze. Ein Versorgungsgrad von mindestens 20 % der Kinder in der Altersstufe von 0 bis 3 Jahren ist anzustreben. Vorschulprogramme sollten flächendeckend eingeführt werden, um die Schulfähigkeit der Kinder zu fördern. Die Sprachförderung ist zu intensivieren, damit die Kinder bei der Einschulung keine Nachteile haben. Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen setzen kleinere Gruppen voraus.

Besonders für lernschwache Kinder und solche mit sprachlichen oder sozialen Defiziten muss das Angebot an heilpädagogischer Betreuung gewährleistet werden.

Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten sollen flexibler und damit den Bedürfnissen der berufstätigen Eltern besser angepasst werden.

Wir treten dafür ein, dass die einheitliche Gebührenstruktur für die Betreuung von der Krabbelstube bis zur Vorschule beibehalten wird und dass die Gebühren nicht regelmäßig erhöht werden. Grundsätzlich halten wir es für notwendig, dass Kindertagesstätten kostenlos sind. Daher wollen wir in einem ersten Schritt für Eltern mit geringem Einkommen die Gebühren für das Vorschuljahr abschaffen.

Schulen

In Heidelberg soll es künftig mehr Ganztagschulen geben, um bessere Rahmenbedingungen für Lernen und für die Nachmittagsversorgung zu schaffen. Die Schulsozialarbeit hat sich bewährt. Sie ist weiterhin zu fördern.

Kooperationsprogramme zwischen Ganztagschule einerseits, Musikschule, Sport- und Jugendvereinen andererseits, erachten wir für notwendig, damit Schülerinnen und Schüler ein breites Angebot an musischer und sportlicher Betätigung auch in der Schule nutzen können.

Besonderen Wert legen wir auf eine neue Gesprächs- und Beteiligungskultur zwischen Schule, Eltern und Verwaltung und unbürokratische Kooperationen zwischen Erziehungsberechtigten und allen Trägern im Bildungswesen, um den Alltag in Kindertagesstätten und Schulen besser gestalten und Probleme leichter lösen zu können. Dies setzt allerdings auch eine größere Autonomie der Schulen voraus.

Die bauliche Instandhaltung von Schulen und Kindertagesstätten wird von uns als vordringliche Aufgabe in den kommenden Jahren angesehen, beispielsweise sind die Geschwister-Scholl- und die Eichendorff-Schule dringend zu sanieren.

Spielen schafft Kreativität

Ebenso wichtig wie gute Lernbedingungen sind die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Kinder. Jahrelang haben wir uns für ein breites Angebot an Spielplätzen und Sportstätten eingesetzt. Das Spielflächenkonzept muss ständig aktualisiert und umgesetzt werden. In den neu zu errichtenden Stadtteilen wie Bahnstadt und Bergheimer Altklinikum ist dafür zu sorgen, dass ausreichend Spiel- und Freiflächen ausgewiesen werden.

Der musischen Erziehung von Kindern räumen wir neben den rein kognitiven Lernprogrammen einen hohen Stellenwert ein. Die Arbeit von Musik- und Kunstschulen ist zu unterstützen und zu fördern.

Um gesund zu bleiben, brauchen Kinder (und Erwachsene) Bewegung und dafür wiederum Räume und freie Flächen, sportliche Aktivität muss intensiver gefördert werden.

Wir treten dafür ein, das Sportförderungsprogramm fortzuschreiben und die Sportstätten mehr als bisher für Freizeitgruppen zu öffnen.

3. Gut zusammen leben

Nur dort kann sich eine vielfältige und aktive Bürgerschaft entwickeln, wo niemand ausgegrenzt wird. Heidelberg ist eine weltoffene Stadt, die ideale Voraussetzungen für ein interkulturelles Miteinander bietet. Die Heidelberger Bevölkerung stammt aus den verschiedensten Ländern der Welt. Das ist ein großer sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Gewinn für die Stadt.

Integration als Aufgabe

Deshalb wollen wir, dass Zuwanderer in allen Bereichen der Wirtschaft, Kultur, Bildung und Politik einbezogen werden. Wir fördern deren aktive Teilhabe und wollen, dass sie sich einbringen und mitgestalten. Wir möchten keine Parallelwelten, in denen Kulturen und Religionen beziehungslos nebeneinander existieren.

Einen unverzichtbaren Beitrag zu einem guten Zusammenleben leistet der Migrationsrat (ehemals Ausländerrat) als Vertretung der nicht EU-Ausländer in der Kommune. Wir wollen den Migrationsrat stärken und ihm das Recht geben, in allen Ausschüssen der Stadt vertreten zu sein sowie im Gemeinderat gehört werden zu können.

Wir fordern, die MitarbeiterInnen in der Sozialverwaltung und in der Polizei interkulturell zu schulen und verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen. Dies gilt besonders für ErzieherInnen und LehrerInnen, denen im Umgang mit Kindern aus Migrationsfamilien besondere Verantwortung zukommt.

Frühkindliche Sprachförderung muss fester Bestandteil der Arbeit in allen Heidelberger Kindergärten werden – für die entsprechende personelle Unterstützung ist Sorge zu tragen. Dazu gehört individuelle und kindgerechte Förderung von Deutschkenntnissen ebenso wie die Anerkennung der Herkunftssprache und –kultur der Kinder. Denn ein Klima, in dem Fähigkeiten und Leistungen von Kindern aus anderen Ländern gewürdigt werden, erleichtert es, Deutsch als Fremdsprache zu erlernen. Wir wollen alles daran setzen, dass in Heidelberger Schulen der Migrationshintergrund oder die soziale Herkunft von Kindern kein Hindernis mehr für den schulischen Erfolg darstellen.

Viele Kinder wachsen in Heidelberg zwei- und mehrsprachig auf. Gerade in einer globalisierten Welt liegt hier eine nicht zu unterschätzende Chance. Deshalb brauchen wir die Anerkennung dieser muttersprachlichen Kenntnisse durch spezielle Prüfungen in Zeugnissen. Wir wollen bilinguale Schulzüge ausbauen und auf weitere Sprachen ausdehnen.

Deutsch- und Integrationkurse für erwachsene Zuwanderer, auch wenn sie schon längere Zeit hier leben, müssen als verlässliches Angebot in den Stadtteilen angeboten werden. Besonders für Frauen ist es wichtig, dass diese Angebote kombiniert werden mit Kinderbetreuung.

Für die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen, Spätaussiedlern und jüdischen Kontingentflüchtlingen, die in Sammelunterkünften leben, muss die Kommune Sorge tragen. Wir wollen die Abschaffung der inhumanen Paketverpflegung, stattdessen die Einführung eines Chipkartensystems für den Einkauf von Lebensmitteln. Durch geeignete Betreuung und Beratung – auch unterstützt durch ehrenamtliche Kräfte – ist alles daran zu setzen, dass der Aufenthalt in einer Sammelunterkunft möglichst kurz und eine Existenz aus eigener Kraft möglichst schnell aufgebaut werden kann.

Die Vernetzung und der Ausbau bestehender Integrationsmaßnahmen sollte von den bestehenden Institutionen verstärkt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass in der Stadtverwaltung die Stelle eines/r Migrationsbeauftragten geschaffen wird, der/die innerhalb der Verwaltung den Stellenwert der Integration sichert.

Europa > Heidelberg

Auf EU-Ebene wurden mehrere Antidiskriminierungsrichtlinien verabschiedet. Die Umsetzung dieser Richtlinien stellt die Kommune vor eine große Herausforderung. Bereits bestehende Strukturen zur Bekämpfung von Diskriminierung sind zu stärken, falls erforderlich

müssen neu geschaffen werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Arbeit des Ausländer/Migrationsrates, der seit Jahren als Antidiskriminierungsbüro arbeitet.

Schwache stärken

Wir wollen eine Stadt, die ihre soziale Verantwortung jenen gegenüber wahrnimmt, denen es nicht gut geht. Weder sozial Schwache, noch Minderheiten oder Randgruppen dürfen ausgegrenzt werden. Für diese Menschen fordern wir, dass ihnen der Zugang zu Bildung, Kinderbetreuung und Kultur erleichtert wird. Eine stabile Gesellschaft braucht soziale Sicherheit und Prävention und eine gerechte Verteilung der finanziellen Ressourcen. Das zunehmende Armutsrisiko in unserer Gesellschaft, bedingt durch mangelnde Ausbildung und Arbeitslosigkeit und lokalisiert in den sozialen Brennpunkten unserer Stadt stellt die Sozial- und Beschäftigungspolitik vor die größten Herausforderungen.

Beschäftigungspolitik

Um Langzeitarbeitslosen eine Zukunftsperspektive zu geben, müssen die Beschäftigungsgesellschaften erhalten bleiben. Sie sind notwendig, um den Übergang von dem abhängigen Status in der Sozialhilfe zur aktiven Berufsarbeit zu erleichtern. Unterstützt wird dieses beschäftigungspolitische Ziel durch das im Heidelberger Haushalt festgelegte Programm, einen Teil der öffentlichen Aufträge an Firmen zu vergeben, die Langzeitarbeitslose einstellen.

Die Hilfe für Jugendliche vor dem Hauptschulabschluss ist bei der Berufsfindung und Berufsvorbereitung in Kooperation zwischen Stadt und Arbeitsamt zu intensivieren.

Sicherung der sozialen Arbeit

Ohne die freien Träger in der Sozialarbeit sind viele Aufgaben der sozialen Prävention, der Hilfe zur Selbsthilfe und der Betreuung nicht ausreichend zu erfüllen.

Wir treten dafür ein, dass im Bereich der sozialen Arbeit die Zuschüsse so bemessen sind, dass die Arbeit der sozialen Träger und Einrichtungen dauerhaft gewährleistet ist. Insbesondere dürfen Zuschüsse nicht mehr im schon laufenden Haushaltsjahr gekürzt werden. Einrichtungen und Freie Träger brauchen Planungssicherheit.

In den sozialen Brennpunkten der Stadt muss das Quartiermanagement weiterentwickelt werden.

Gruppen und Institutionen, die der wachsenden Obdachlosigkeit entgegenwirken sind weiterhin finanziell zu unterstützen.

Wir wollen, dass deutlich mehr Familien und Alleinerziehende den Heidelberg – Pass in Anspruch nehmen können. Die Einkommensgrenzen für kinderreiche Familien und Alleinerziehende sind zu niedrig angesetzt.

Selbstbestimmung und Partizipation für behinderte Menschen

Unsere Politik zielt darauf ab, Menschen mit körperlichen, geistigen und sozialen Handikaps eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen Leben zu ermöglichen.

Wir wollen vor allem Projekte unterstützen, die von einem integrativen Ansatz ausgehen und das Zusammenleben von behinderten und nicht behinderten Menschen fördern.

Dazu gehört, Alltagsleben und Teilhabe dadurch zu erleichtern, dass konsequent Barrierefreiheit und Orientierungshilfen im öffentlichen Raum umgesetzt werden.

Älterwerden mit Zukunft

Angesichts der zunehmenden Zahl älterer Menschen in Heidelberg sind die Hilfen für ein selbst bestimmtes Leben für Seniorinnen und Senioren zu verstärken. Viele wollen so lange als möglich in der eigenen Wohnung leben und nicht in Heimen. Das setzt aber voraus, dass Hilfen zur Verfügung stehen, auf die die älteren Menschen bei Krankheit oder Gebrechlichkeit zurückgreifen können. Nachbarschaftshilfen, die aus Eigeninitiative entstehen, ist eine der wünschbaren Formen. Sie können aber nicht alles leisten. Wir unterstützen daher den Ausbau ambulanter Pflegedienste. In Kooperation mit den verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften kann die Stadt darauf hinwirken, dass das Angebot an betreuten Wohnungen ausgeweitet wird. Nachbarschaftshilfen

Grüne Stadtentwicklung

Wichtige Qualitätsziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind für uns, mit Flächen sparsam umgehen, Zersiedlung vermeiden, Freiflächen zur Erholung und Durchlüftung erhalten, kinder- und fußgängerfreundliche Verkehrswege, ÖPNV-Erschließung, Innenentwicklung statt Außenentwicklung, verdichtetes Bauen, aber in sozial verträglichem Maß.

Preisgünstigen Wohnraum schaffen

Heidelberg gehört zu den teuersten Wohnungsmärkten der Republik und hat die kleinste Gemarkungsfläche aller deutschen Großstädte. Wir setzen uns auch dafür ein, dass bei allen Wohnbauprojekten, an denen die Stadt beteiligt ist oder Baurecht schafft, mindestens 30% bezahlbare Mietwohnungen entstehen, weil in Heidelberg preisgünstiger Wohnraum vor allem für junge Familien fehlt. Darüber hinaus wollen wir das Zweckentfremdungsverbot, d.h. das Verbot, Wohnraum in Gewerberäume umzuwandeln, und den verlängerten Kündigungsschutz bei Umwandlung beibehalten. Das Wohnungsentwicklungsprogramm ist fortzuschreiben. Wir treten für eine weitere Selbstbindung der GGH bei auslaufenden Belegungsrechten ein, damit der Bestand an Mietwohnungen für finanziell Schwache nicht sinkt. Wir treten dafür ein, dass die Identität und der besondere Charakter einzelner Stadtteile Heidelbergs erhalten bleiben und die Interessen des Denkmalschutzes gewahrt werden, z.B. in der Semmelsgasse.

Stadtentwicklung heißt auch, den Stadtteilen zu helfen, die besonders unter dem Verlust von Infrastruktur leiden. Dazu gehört die Sicherung der Nahversorgung im Zentrum vom Emmerstgrund. Diese kann nur gewährleistet werden, wenn die Stadt bzw. die GGH dort Räume erwirbt, um sie dann zu einem vernünftigen Preis an Einzelhändler weiterzuvermieten. Mittelfristig brauchen wir mehr Ressourcen für die benachteiligten Stadtteile. Die Entwicklung neuer Stadtquartiere darf nicht zu Lasten bestehender Problemstadtteile gehen.

Bahnstadt und Altklinikum

Die Flächen hinter dem Bahnhof bieten Heidelberg die einmalige Chance für einen neuen lebendigen Stadtteil: Die Bahnstadt. Hier können Wohnungen und Arbeitsplätze entstehen, ohne freie Flächen zu zerstören. Heidelberg braucht nach wie vor bezahlbaren Wohnraum, besonders für Familien und Studierende. Durch Einsatz ihrer Planungsrechte hat die Stadt

Einfluss auf die Bodenpreise. Dies muss genutzt werden, um eine sozial durchmischte Bahnstadt zu schaffen und kein Wohngebiet ausschließlich für Besserverdienende. Die Bahnstadt soll sich durch eine soziale, kulturelle und ökonomische Vielfalt auszeichnen. Die Integration aller Bevölkerungsgruppen ist von Beginn an zu berücksichtigen, hierzu bedarf es professioneller Unterstützung. Wir fordern eine dichte, architektonisch abwechslungsreiche Bebauung, die sich an den aktuellen ökologischen Standards orientiert. Private Baugemeinschaften sollen mit Unterstützung der Stadt individuell planen können.

Straßen, Plätze und Parks sind für alle da und müssen ansprechend gestaltet werden. Eine durchdachte Infrastruktur ist rechtzeitig zu schaffen, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Wohnbereiche müssen verkehrsberuhigt sein. Die Erschließung durch die Straßenbahn muss von Anfang an sichergestellt sein, eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Bahngleise gebaut werden.

Das Bergheimer Klinikum wird künftig ein weiteres bedeutendes Stadtentwicklungsprojekt werden. Wir setzen uns dort dafür ein, dass die denkmalgeschützten Gebäude für ein gemischtes Quartier – auch mit bezahlbaren Wohnungen - genutzt werden. Die Umnutzung des Altklinikums bietet die große Chance, durchlässige Quartiersstrukturen zwischen Bergheimer – und Vangerowstraße zu schaffen, Spielplätze und Grünflächen, die zur Aufwertung Bergheims beitragen, einzurichten und den Einzelhandel in diesem Stadtteil zu fördern.

Kultur in Heidelberg – Qualität stärken, Neues zulassen, den Diskurs suchen

Gibt es in Heidelberg Kulturpolitik? Oder wird Kultur in Heidelberg nur aus finanzieller Sicht betrachtet, weil es an einer Kulturdebatte mangelt? Aus unserer Sicht war die Kulturpolitik der letzten Jahre eher zufällig und ohne mittelfristige Ziele und Visionen. Eine gute Kulturpolitik setzt aber voraus, analysieren zu können und Qualitäten zu bewerten. Ein stetiger inhaltlicher Diskurs muss daher das Ziel der Kulturschaffenden und der Öffentlichkeit wie auch der Politik sein. Er ist der positive Resonanzboden jeder Kulturarbeit, ohne den es keine Weiterentwicklung geben kann, ohne den keine Einschätzung dessen möglich ist, was Heidelberg zu bieten hat und wo Nachholbedarf besteht. Dieser Heidelberger Mangel führt dazu, dass herausragende Projekte und Institutionen in unserer Stadt ums Überleben kämpfen müssen, obwohl sie bundesweite Resonanz finden. Sonst müssten das Kulturhaus Karlstorbahnhof und das DAI nicht immer wieder ums Überleben kämpfen, sonst würden die unwürdigen Behinderungen, die das Unterwegstheater an den Rand der Existenz bringen, endlich ein Ende haben. Heidelberg würde stärker mit seinen internationalen Festivals (Filmfestival, Heidelberger Frühling und Enjoy Jazz) nach Außen treten und sich mit seiner Verlagslandschaft, den Literaturpreisen und den Literaturtagen ein Profil als Literaturstadt aufbauen. Wir wollen daher vorhandene Qualitäten herausarbeiten und stärken.

Kultur braucht mehr Freiheit und Eigenständigkeit. Dies gilt für etablierte Kultureinrichtungen ebenso wie für neue Initiativen. Außerdem wollen wir die Planungssicherheit für Einrichtungen verbessern, was diese handlungsfähiger macht. Anschubfinanzierungen für neue Initiativen dürfen nicht gleich im ersten Jahr überhöhte Anforderungen stellen und müssen Möglichkeiten eröffnen, neue Ideen auch ausprobieren zu können.

Kultur gehört auch in die Stadtteile. Wir wollen, dass die Stadtbüchereifiliale an der IGH wieder geöffnet wird.

Junge Kultur

Dass Heidelberg zu wenig auf neue und junge Kultur setzt, ist daran zu sehen, wie Schloss und Weihnachtsmärkte unser Stadtmarketing dominieren. Dabei gibt es bereits genügend Beispiele, um sich als junge und innovative Kulturstadt zu positionieren. Gerade die junge Kultur wurde in den letzten Jahren mehr behindert als gefördert, eine Offenheit gegenüber dieser Sparte ist im Gemeinderat kaum vorhanden. Umso höher zu bewerten ist, dass sich die Halle_02 und die Villa Nachttanz behaupten konnten und das Autonome Zentrum trotz Abriss vor fünf Jahren immer noch „im Exil“ aktiv blieb.

Wir setzen auf die junge Kultur und Eigeninitiative als Antrieb für neue Entwicklungen, wir setzen auf Offenheit und Kommunikation mit den Engagierten und den Interessierten. Zumindest einmal im Jahr sollte der Gemeinderat mit dem Jugendrat und anderen jungen Aktiven in eine offene Diskussion über das Nachtleben in Heidelberg treten. Aus unserer Sicht gibt es nach wie vor Bedarf für eine selbst verwaltete Jugendhalle/Jugendcafé und für eine „Kulturfabrik“ im Bahnbetriebswerk für junge Initiativen, Proberäume und Firmen aus dem Kulturbereich.

4. Frauen gleich berechtigen

Wir haben uns stets dafür eingesetzt, dass die besonderen Erfahrungen und Bedürfnisse von Frauen in der Kommunalpolitik zur Geltung kommen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen ist eines unserer Grundanliegen. Unsere Stadt kann es sich nicht leisten, das Potential von gut ausgebildeten jungen Frauen bis hin zum reichen Erfahrungsschatz von Seniorinnen nicht zu nutzen.

Wir brauchen neue, differenzierte Beteiligungsformen für Frauen. In allen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens muss auch die spezielle Frauenperspektive als selbstverständlicher Maßstab für Verwaltungshandeln gelten, z.B. dass Wege sicher sind, Wohnungen und Infrastruktur kinderfreundlich oder dass bei der finanziellen Ressourcenverteilung Frauen entsprechend berücksichtigt werden. Wir unterstützen Strukturen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer und wollen Netzwerke und Kooperationen von Frauen in den verschiedensten Bereichen stärken, z.B. bei beruflicher Förderung oder dem Wiedereinstieg nach der Familienphase. Dazu brauchen wir die Kontaktstelle „Frau und Beruf“ und Programme, welche die Rückkehr in den Beruf erleichtern.

Heidelberg braucht eine selbstbewusste Frauenpolitik, d.h. kein Kaputtsparen von Frauenprojekten. In Zeiten knapper Kassen heißt das auch, das Frauennachttaxi zu erhalten und auch für Frauen zwischen 26 und 59 Jahren wieder zugänglich zu machen. Sichere Wege sind unabdingbar für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am kulturellen, sozialen und politischen Leben.

Dringend notwendig sind der Erhalt von niederschweligen Angeboten für Frauen und Mädchen im Bereich der Gesundheitsprävention sowie qualifizierte Strukturen bei der Beratung von Migrantinnen. Die Planungssicherheit und die Arbeitsfähigkeit von Einrichtungen, wie z.B. Frauengesundheitszentrum und Internationalen Frauenzentrum, müssen gewährleistet werden. Um die Sicherheit der Heidelberger Bürgerinnen zu verbessern, sind die kommunale Kriminalprävention, sowie Einrichtungen im Bereich „Gewaltprävention und Opferschutz“ zu unterstützen.

5. Wissen schafft Stärken

Mit der Universität, der Pädagogischen Hochschule, der Hochschule für jüdische Studien, dem DKFZ und vielen privaten und öffentlichen Forschungseinrichtungen und Verlagen sind Leben und Arbeiten in Heidelberg in besonderem Maße von der Wissenschaft geprägt. Die Universität ist der größte Arbeitgeber der Stadt. Höchstqualifizierte Arbeitsplätze entstehen im Umfeld von Wissenschaft und Forschung, besonders im Gesundheits- und Biotechnologiesektor. Es ist gemeinsame Aufgabe von Hochschulen und Stadt, die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Arbeitsplätze und zum Nutzen der Region zu unterstützen.

Wir wollen, dass das vorhandene wissenschaftliche Potential besser im Sinne nachhaltiger Entwicklung und umwelttechnologischer Innovation genutzt wird. Dies soll als strategisches Projekt der gesamten Rhein-Neckar-Region gemeinsam mit der Wirtschaft auf den Weg gebracht werden. Wir sind für den Aufbau eines Umwelttechnologieparks und fordern, dass die energetische Sanierung der landeseigenen Universitätsgebäude angepackt wird.

Wir unterstützen die Kooperation zwischen Universität und Stadt, insbesondere die innovativen Ansätze, die wissenschaftliche Neugierde von Kindern und Jugendlichen wecken, wie die Kinderuniversität, das „Explo“ und das LifeScience Lab.

Studierende und WissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland, die in Heidelberg Station machen, schätzen das tolerante und weltoffene Klima und tragen dazu bei, dass die Stadt wirtschaftlich und intellektuell in Bewegung bleibt. Jedoch finden nicht alle, die den Wissenschaftsstandort Heidelberg attraktiv finden, hier auch eine Bleibe.

An Wohnraum und adäquaten Kinderbetreuungsmöglichkeiten mangelt es besonders für Studierende und ausländische WissenschaftlerInnen. Wir wollen 500 neue Wohnheimplätze mit Unterstützung der Stadt bzw. der GGH schaffen, nicht nur auf dem Campus, sondern auch in der Bahnstadt oder im Altklinikum in Bergheim. Denn wir wollen möglichst viele Menschen dafür gewinnen, in Heidelberg nicht nur zu studieren, sondern auch – zumindest als Bürger und Bürgerinnen auf Zeit – am Heidelberger Stadtleben teilzunehmen. Von der Stadt erwarten wir deshalb, dass sie mit geeigneten Willkommensmaßnahmen, wie z.B. dem Kultur-Scheck-Heft für Erstsemester, Hochschulangehörige an die Stadt bindet.

Neuenheimer Feld als Campus entwickeln

Das Neuenheimer Feld wächst weiter. Es zieht zusätzlichen Verkehr an, weil immer mehr Menschen dort wohnen, arbeiten oder als Patientinnen und Patienten kommen. Wir sehen zwei Herausforderungen für die weitere Entwicklung des Heidelberger Campus als vordringlich an:

Damit das Neuenheimer Feld von mehr Leben erfüllt wird, sind mehr kulturelle Angebote, eine bessere Einzelhandelsstruktur und größere Spielräume für studentische Eigeninitiative nötig. Besonders in der Nacht werden viele unbelebte Ecken im Neuenheimer Feld zu Angsträumen für Universitätsmitarbeiterinnen und Studentinnen und schränken deren Bewegungsfreiheit ein. Ein lebendigeres Neuenheimer Feld bietet hier mehr Sicherheit.

Eine bessere Verkehrsanbindung des Campus erreichen wir durch die Straßenbahn und das Jobticket für Klinikbeschäftigte und Universitätsangestellte. Eine fünfte Neckarquerung erübrigt sich damit von selbst.

Mittelstand und neue Dienstleistungen unterstützen

Die Möglichkeit einer eigenständigen kommunalen Wirtschaftspolitik sind - gerade auch angesichts knapper Haushaltsmittel – begrenzt. Wir verfolgen als Ziel, neben der Dominanz

von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor auch industrielle gewerbliche Arbeitsplätze zu erhalten und setzen insbesondere auf kleinere mittelständische Betriebe und Handwerksbetriebe. Deswegen sind Mischgebiete auszuweisen, etwa in der Bahnstadt, in der Arbeiten und Leben Hand in Hand gehen.

In Zusammenhang mit regionalen Akteuren, etwa dem Raumordnungs- und Regionalverband ist die regionale Zusammenarbeit zu intensivieren und insbesondere auf die Stärkung der Kooperation zwischen Unternehmen auszurichten.

Wir unterstützen Innovationen, wobei deren Richtung aber auch die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu beachten hat. Wir treten dafür ein, dass sich in Kooperation zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung neue Netzwerke bilden, die Kompetenzen bündeln und zu neuen Arbeitsplätzen führen. Wir unterstützen die Konzepte für Existenzgründungen, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen. Ausgründungen und „start ups“ sind zu unterstützen, deren ökologische Verträglichkeit vorausgesetzt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Auftragsvergabe der Stadt Heidelberg soziale und ökologische Kriterien einfordert.

Dienstleistungen dominieren bereits heute in Heidelberg. Das Bedürfnis nach weiteren personenbezogenen Dienstleistungen, etwa im Beratungs- und Gesundheitsbereich, wird auch in Zukunft weiter wachsen. Hier sehen wir beträchtliche Beschäftigungspotentiale, deren Mobilisierung jedoch auch der Mitwirkung der Stadt bedarf. Wir setzen uns deswegen für eine Vernetzung zwischen gewerblichen und freien Trägern ein.

6. It's Your Heidelberg: Du entscheidest!

Was und Wie Heidelberg sein wird hängt auch von Euch ab und zwar nicht nur von der Stimmabgabe, sondern von Eurer Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten auch zwischen den Wahlen, sei es in den Stadtteilen, sei es in der Gesamtstadt. Wie soll sich z.B. Ihr Stadtteil, wie soll sich Heidelberg weiterentwickeln? Von Eurem Engagement hängt es ab, welches Selbstverständnis eine Stadtverwaltung an den Tag legt, ob sie einen offenen und fairen Umgang mit den Bürgern und Bürgerinnen pflegt oder diese eher auf Distanz hält. Wir wollen eine Verwaltung, die sich als Dienstleister gegenüber der Stadtgesellschaft versteht. Dieses Selbstverständnis muss auch in ihrem Verhalten gegenüber den gewählten Gremien zum Ausdruck kommen.

Bezirksbeiräte ernst nehmen

Die Bezirksbeiräte werden von der Stadtverwaltung, aber auch aus den Stadtteilen nicht so wahrgenommen wie es ihren Aufgaben entspricht. Wir wollen, dass die Informationspolitik der Verwaltung gegenüber den Bezirksbeiräten effektiver wird, dass Informationen rechtzeitig gegeben werden und die für den Stadtteil wichtigen Anliegen dem Bezirksbeirat vorgelegt werden. Durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit müssen die Bezirksbeiräte im Bewusstsein der Stadtteilbevölkerung stärker verankert werden.

Das gilt auch für die Kinderbeauftragten, die als Lobby für Kinder eines Stadtteiles unverzichtbar sind.

Wir wollen eine starke Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung der Bahnstadt und des Altklinikums, um die Gestaltung nicht nur den potentiellen Investoren zu überlassen.

Jugendliche in Heidelberg wollen Räume zur Freizeitgestaltung, die sie selbstverantwortlich managen können. Wir unterstützen dieses Anliegen.

Jugendliche beteiligen

Interesse an gesellschaftlichen und politischen Prozessen wird durch aktive Beteiligung und Rechte gestärkt. Wir setzen uns daher für mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Jugendlichen ein. Der bestehende Jugendrat muss endlich auch Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss erhalten, welchem er angehört. Darüber hinaus soll aus dem Jugendrat ein direkt von den Heidelberger Jugendlichen gewählter Jugendgemeinderat werden, der mehr Rechte erhält. Wir fordern ein regelmäßiges öffentliches Diskussionsforum zwischen Gemeinderat und Jugendrat zu den jungen Themen dieser Stadt.

Eigeninitiative stärken

Bürgerinnen und Bürger engagieren sich auf vielfältige Weise in Initiativen, Vereinen und Selbsthilfegruppen. Beim Umweltschutz vor Ort haben wir den lokalen „Agenda 21“-Prozeß initiiert und das Agenda-Büro unterstützt, im schulischen Bereich zahlreiche Elterninitiativen gefördert, ebenso in der Flüchtlingshilfe und im Verkehrsbereich. Ohne ehrenamtliche Tätigkeit gibt es keine lebendige Stadtgesellschaft und kein breit gefächertes Unterstützungsnetzwerk. In der Förderung solchen Engagements liegt ein bedeutendes Potential für die Zukunft unserer Stadt. Ehrenamt ist dabei kein Ersatz für professionelle Arbeit. Anerkennung des Ehrenamtes allein reicht nicht aus, Freiwillige müssen besser geschult und weitergebildet werden und sind an Planungen mit zu beteiligen. Das Selbsthilfe- und Projektbüro nimmt solche Aufgaben wahr und ist dabei weiterhin zu unterstützen.

Bürgerschaftliches Engagement verbessert die Lebensqualität und bietet sinnvolle Arbeitsformen. Eine aktive Stadtgesellschaft befördert die Teilhabe am öffentlichen Leben und an den politischen Entscheidungsprozessen.